

Ausgabe Schwechat, April 2011

FPÖ-Bezirksobmann im Bundesrat erfolgreich!

Der Schwechater Johann Ertl vertritt das Land Niederösterreich für die FPÖ seit 20.11.2008 im Bundesrat. Ertl war bei zahlreichen Gesetzesbeschlüssen einer der fleißigsten Bundesräte und hat selbst insgesamt 46 Debattenbeiträge zu den verschiedensten Gesetzesbeschlüssen im Bundesrat gehalten. Der gebürtige Steirer absolvierte in der Steiermark seine Pflichtschulzeit und übersiedelte anschließend nach Wien. Im Jahre 1990 zog

Ertl nach Schwechat. Er ist seit 30 Jahren verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Im Jahre 1974 entschied sich Ertl für den Polizeidienst. Nach einer dreijährigen Ausbildung wurde er Sicherheitswachebeamter. Danach bildete sich Ertl zum Kriminalbeamten weiter. Seit dem Jahre 1982 ist Bundesrat Johann Ertl ein erfolgreicher Schwechater Kriminalbeamter. Bereits in den Jahren 2000 bis 2005 war Ertl für die FPÖ im Schwechater Gemeinderat. Er ist seit dem Jahre 2005 Bezirksparteiobmann der FPÖ Schwechat und wurde im Jahre 2010 wieder in den Gemeinderat der Stadtgemeinde Schwechat gewählt. Wir wünschen unserem Bundesrat Johann ERTL weiterhin eine erfolgreiche politische und private Zukunft. Johann Ertl ver-



tritt in der Politik die Anliegen des kleinen Mannes/Frau. Denn er weiß genau, wie schwer es die Menschen heute haben, die keine einflussreichen Lobbyisten hinter sich stehen haben. Sein Leitspruch lautet daher: „Die Alltagsorgen der Normalbürger müssen für unsere Politik im Mittelpunkt stehen. Den High Society Parvenus gilt nicht unsere Aufmerksamkeit, um die sollen sich andere bei kostspieligen Events kümmern.“

Aus dem Inhalt:

**Machbarkeitsstudie
beweist Ausgliederungspläne** ...Seite 2

**Verfehlt Wohnungs-
politik der ÖVP**

...Seite 3

**FPÖ Schwechat im
Internet: www.fpoe-schwechat.at**

Impressum: Für den Inhalt verantwortlich:
FPÖ Schwechat, BR Johann Ertl, 2320
Schwechat, Folgenummer: 510542/2011

BR Johann Ertl ist für Sie erreichbar:

unter 0676/ 307 47 87

bzw. johann.ertl@kabsi.at

Lügen haben blaue- oder doch nur kurze (rote) Beine?

Urteilen Sie selbst: Lesen Sie die Machbarkeitsstudie unter:

<http://www.fpoe-schwechat.at/images/PDF/Machbarkeitsstudie.pdf>

Eine Tatsache kann Bgm. Fazekas in all seinen Attacken gegen die von der FPÖ-Schwechat angeregten „Volksbefragung gegen die Ausgliederung von Gemeindeeigentum“ nicht widerlegen: dass in der von ihm beauftragten Machbarkeitsstudie (Kosten EUR 54.000,-) die Gemeindewohnungen neben anderen öffentlichen Einrichtungen daraufhin untersucht wurden, inwieweit sich ein „Verkauf“, bzw. eine „Ausgliederung“ für die Stadt Schwechat lohnen würde. Um von dieser Tatsache abzulenken, wird eine dazu angelegte Volksbefragung vom Bürgermeister als „Missbrauch der Demokratie“ bezeichnet!! Offensichtlich hat die SPÖ ein etwas fragwürdiges Verhältnis zu diesem Instrument der direkten Demokra-

tie. Dies hat auch schon die der österreichischen Bevölkerung vorenthaltene Volksabstimmung zur EU-Verfassung ge-



zeigt. Die FPÖ-Schwechat stellte Bgm. Fazekas in der Gemeinderatsitzung am 13.12.2010 folgende Frage: „Wozu wurde die Ausgliederung der Gemeindewohnungen in der Studie überhaupt

beauftragt und von der Schwechater Bevölkerung letztendlich auch bezahlt, wenn es vonseiten der SPÖ Stadtregerung an-

geblich keinerlei Interesse an den diesbezüglichen Ergebnissen dieser Studie gegeben hat?“ Diese Frage hat Fazekas bis heute nicht beantwortet! Eines hat die angeregte Volksbefragung der FPÖ-Schwe-

chat jedenfalls eindeutig gezeigt: Die Schwechater Bevölkerung ist gegen den Ausverkauf von Gemeindeeigentum zur Schuldenverschleierung. Die ungebremste Reaktion des Bürgermeisters deutet darauf hin, dass ihm dies nun auch klar geworden ist! Erinnern möchte die FPÖ aber auch daran, das Gemeindehaus Alanovaplatz 7 wurde 2008 mehr oder weniger an die Wohnbaugenossenschaft Wien-Süd gegen Einräumung eines Baurechtes verschenkt. Bis heute ist dort keine Bautätigkeit zu sehen. Nebenbei bemerkt: Bgm. Fazekas ist Vorstandsmitglied dieser Genossenschaft.

Für alle Interessierten kann die von Bgm. Fazekas beauftragte „Machbarkeitsstudie“ auf der Homepage der FPÖ-Schwechat eingesehen werden:

<http://www.fpoe-schwechat.at/images/PDF/Machbarkeitsstudie.pdf>

Dubioser Grundstückstausch abgewendet

Die Stadtgemeinde Schwechat wollte ein Grundstück kaufen bzw. tauschen, obwohl der Tauschpartner gar nicht im Grundbuch als Eigentümer eingetragen war. Nur ein Grundstück eintauschen? Nein, die Stadtgemeinde Schwechat hätte noch eine schöne Summe Geld dazu legen müssen.

Welche Art von Geschäften macht die Stadtgemeinde Schwechat? Saugt die SPÖ die Stadt aus? Gibt es nur mehr Gemeinderäte, insbesondere des sozialistischen Lagers, die sich um die Gemeindepolitik nicht mehr kümmern? Haben diese Gemeinderäte schon resigniert?

Ein Baumeister, der vermutliche der Optionsinhaber

des betroffenen Grundstückes ist, wollte eine Liegenschaft mit der Gemeinde tauschen und dafür noch eine schöne Stange Geld einstreifen. Im Grundbuch scheint er aber als Eigentümer nicht auf(?). Bei solchen Geschäften, die ohne Insiderwissen kaum möglich sind, stellen sich die roten Gemeinderäte nicht dagegen. Wir fragen uns: „wie leichtgläubig sind diese Politiker?“

In aller letzte Minute kam die Gemeinde doch zu einer Lösung (ganz im Sinne der FPÖ): Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Natürlich arbeiten nicht nur Gemeindebedienstete in so mancher Immobilienfirma.

6.000 leere Wohnungen!

**In Niederösterreich stehen 6.000 geförderte Wohnungen leer!
In Schwechat sind bereits 1.300 Wohnungssuchende vorgemerkt!**

Anscheinend hat die ÖVP Niederösterreich ein völlig falsches Wohnungsbaukonzept. Anders kann es nicht möglich sein, dass in Niederösterreich rund 6.000 geförderte Wohnungen leer stehen. Es ist auch nicht mehr erklärbar, dass bereits frei finanzierte Eigentumswohnungen oft billiger angeboten werden, als geförderte Genossenschaftswohnungen. Gerade der soziale und leistbare Wohnraum sollte über den Genossenschaftsbau funktionieren. Das Gegenteil ist leider der Fall.

In den Ballungszentren (Städten) herrscht akuter Wohnungsmangel, aber in den ländlichen Gebieten stehen die Wohnungen leer. Allein innerhalb des Stadtgebietes Schwechat sind rund 1.300 Wohnungssuchende gemeldet. Das schwarz dominierte Land Niederösterreich verweigert aber die Fördermittel auch in Schwechat einzusetzen, hat doch



Schwechat bekanntlich keinen schwarzen Bürgermeister. Im Gegenteil, in Schwechat stimmt die ÖVP fast allen Anträgen der SPÖ zu. Sie wird daher im Volksmund bereits als SPÖ II bezeichnet. Geförderte Wohnungen und somit gemeinnützige Fördermittel nur in Gemeinden einzusetzen bzw. zu genehmigen, in denen ÖVP-Bürgermeister an der Spitze stehen, finden wir als den falschen Weg. In Schwechat warten seit langer Zeit vier verschie-

dene Genossenschaften auf eine Förderzusage, damit dringend benötigter Wohnbau endlich begonnen werden kann. Bemerkt wird, dass auch in den Vergabegremien viele ÖVP-Vorstände von Genossenschaften sitzen und sich selbst die Fördermittel befürworten. Aber auch dort herrscht politischer Filz und daher lassen die Schwarzen den Roten nur sehr spärlich Mittel zukommen. Dieser Filz gehört auf das Schnellste abgewählt.

SPÖ-Speziell: Gebührenerhöhungen? Nicht mit der SPÖ-Bevölkerung soll nicht die Zeche für die internationale Finanzkrise zahlen

Obige Überschrift schmückte ein „Informationsblatt“ der SPÖ - Schwechat. Bgm. Fazekas verstieg sich darin noch zu folgender Aussage: „Solange ich Bürgermeister bin, kann sich der... das abschminken.“

Das Jahr 2011 zeigte, was von sozialistischen Ankündigungen und Versprechen zu halten ist. Fast alle Gebühren wurden von der SPÖ saftig erhöht. Sie reichen von Erhöhungen der Fried-

hofsgebühren, Parkgebühren, Hundesteuer, Anruftaxi, Freizeitzentrum, Wasser- und Kanalggebühren usw., bis hin zu den Mieten in den Gemeindefamilienwohnungen.

Insgesamt erhoffen sich Fazekas und sein Stadtrat Howorka Mehreinnahmen bei den Mietern von 303.000 Euro. Auch dabei kann man sich die Frage stellen: Haben Lügen blaue oder doch nur kurze (rote) Beine?



Landesrat
Barbara Rosenkranz

Arbeit sichern!

Zum 1. Mai 2011 steht die vollständige Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes in Richtung der jungen EU-Staaten bevor. Dabei ist zu beachten, dass das Lohnniveau in unseren östlichen Nachbarländern kaum höher ist, als die unlängst bei uns eingeführte Mindestsicherung!

Offiziell dürfen diese Arbeitskräfte nur zu unseren Kollektivvertragsbedingungen beschäftigt werden. Es ist aber naiv zu glauben, dass alle osteuropäischen Firmen und Subunternehmen die österreichischen Kollektivverträge tatsächlich einhalten. Eine flächendeckende und wirksame Überprüfung und Kontrolle wird unmöglich sein.

Wie soll beispielsweise sicher gestellt werden, dass ein ungarischer Polier in den offiziellen Papieren der Firma nicht etwa als Lehrling ausgegeben wird?

Die Bürger haben die Nase voll von den Märchen der Großparteien und der Zerstörungswut der EU. Nur ein deutliches Gegenlenken kann diesen Irrsinn stoppen.

Verkauf von schwechater Eigentum zur Sicherung des Großkapitals?

Die Stadtgemeinde Schwechat, allen voran die sozialistischen Gemeinderäte, stimmten in der 365. Gemeinderatssitzung für den Verkauf von 10.712 m² Baugrund. Damit sichert sich eine Beteiligungsfirma, hinter der eine Privatholding und eine Privatstiftung stehen, ihr Großkapital.

Das durch den sozialistischen Gemeinderat verkaufte Grundstück befindet sich in Rannersdorf, Trappenweg. Durch die Steuerleistung der Schwechaterinnen und Schwechater war es möglich, dieses Grundstück im Jahre 2005 anzukaufen. Der sozialistische Bürgermeister von Schwechat scheut sich nicht, das betreffende Grundstück an ein Privatunternehmen

zu verkaufen. Ohne die Schwechater Bevölkerung zu befragen, wird das Grundstück Trappenweg hinter dem Rücken der Schwechater an ein Privatunternehmen veräußert. Diese Großkapitalisten errichten auf diesem Grundstück lediglich Mietwohnungen. Mit dem Erwerb dieses Grundstückes und mit der Errichtung (lediglich) von Mietwohnungen sichert sich, schützt sich und vermehrt sich das Eigenkapital der Großkapitalisten auf Kosten der Schwechater Bevölkerung. Diese Entscheidung des sozialistischen Gemeinderates ist wieder eine, aus der eindeutig zu sehen ist, dass der SPÖ-Schwechat die Bevölkerung völlig egal ist, Hauptsache es werden priva-

te Großunternehmer geschützt, gefördert und deren Kapital gesichert. Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ-Schwechat hat einen Gegenantrag eingebracht, indem der Gemeinderat aufgefordert wurde, den Bürgermeister zu beauftragen, das gegenständliche Grundstück zu parzellieren, aufzuschließen und der Schwechater Bevölkerung zu verkaufen, damit eine Siedlung „Trappenweg“ ähnlich der Mühlsiedlung entstehen kann.

Der Gegenantrag der FPÖ-Schwechat wurde mit den Stimmen der SPÖ/ÖVP abgeschmettert. Schwechater Grund und Boden wechselt somit zur Sicherung des Großkapital das Eigentum.

Bauboom in Schwechat?

Vollmundig versprach Bgm. Fazekas bereits 2008 einen Bauboom in Schwechat

„100 Millionen Euro werden in den kommenden beiden Jahren durch diverse Bauvorhaben in Schwechat der Bauwirtschaft zugeführt“ so Fazekas. Er führte u. a. folgende Vorhaben an: den Wallhof in Rannersdorf, die Sanierung Alanovaplatz, das Neckam-Haus am Hauptplatz, das Wohnhaus - Wiener Straße 29-35, das Projekt Kugelkreuz mit Tankstelle, Businesshotel und Büros und natürlich die Veranstaltungshalle.

Umgesetzt wurde nur „die Halle für Alle“. Einen Schandfleck sozialistischer Bildungspolitik stellen besonders die Container für die Schüler des Gymnasiums dar. Obwohl die Stadt bereits ein Grundstück für die Erweiterung des aus allen Nähten platzenden Gymnasiums bereit stellte, plagt sich die sozialdemokratische Bildungsministerin lieber mit ihrem Lieb-



lingsthema „Gesamtschule“ ab. Sie sollte sich doch eher um die desolaten Gebäude der Bundesschulen kümmern. Angeblich gibt es bereits öster-

reichweit 160 Containerdörfer für unsere Schüler. Schein und Sein klaffen bei der sozialistischen Bildungspolitik doch sehr weit auseinander.